

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Außenpolitik der achtziger Jahre

Wei Shiyan, Mitglied des chinesischen Volksinstituts für auswärtige Angelegenheiten, faßt in einem Aufsatz mit dem Titel "Die Anpassung und Entwicklung der chinesischen Außenpolitik in den achtziger Jahren" (Foreign Affairs Journal, September 1989, Nr.13, S.8-18) die wichtigsten Änderungen der chinesischen Außenpolitik seit 1980 zusammen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts habe Deng Xiaoping drei Hauptaufgaben für China in den achtziger Jahren ausgesteckt, nämlich die schnelle sozialistische Modernisierung, die Wiedervereinigung des Vaterlands und den Kampf für die Sicherung des Weltfriedens. Im Zentrum dieser drei Aufgaben stehe der wirtschaftliche Aufbau, der die Basis für die Lösung der internationalen und heimischen Probleme liefere.

Um diesen drei Aufgaben gerecht zu werden, habe die chinesische Außenpolitik vor allem sechs Anpassungen vollzogen, nämlich (1) Aufnahme einer systematischen Friedenspolitik und Mitarbeit an der Entspannung; (2) Vermeidung von Allianzen mit Großmächten und Fortsetzung einer unabhängigen Außenpolitik; (3) Befolgung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Ausbau internationaler Beziehungen neuen Typs; (4) Stärkung der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung; (5) "Öffnung der Tür" und Förderung des internationalen Wirtschafts- und Technologieaustausches; (6) Durchführung des Konzepts "Ein Land, zwei Systeme" und Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Wiedervereinigung des Vaterlands. -we-

\* (2)

### Die "friedliche Evolution" als Hauptbestandteil der westlichen "Subversionsstrategie" gegen China und andere sozialistische Länder

Bei einem Empfang des ghanaischen Ministerpräsidenten Obeng am 10. Oktober in Beijing wies Ministerpräsident Li Peng darauf hin, daß die Versuche westlicher Länder, China mit Maßnahmen des Wirtschaftsboykotts und mit einer Strategie der "friedlichen Evolution" in die Knie zu zwingen, zum Scheitern verurteilt seien. Wenn gewisse Regierungen des Westens die Illusion hätten, daß die dritte und vierte Führungsgeneration der VR China weich geworden sei und in die Knie gehe, so hätten sie sich getäuscht (XNA, 10. und 11.10.89).

Mit dem Stichwort "friedliche Evolution" sprach Li ein Thema an, das in der chinesischen Presse seit einigen Wochen in immer neuen Variationen durchkonjugiert wird.

"Kapitalistische Länder" hätten, wie es heißt, seit Jahrzehnten versucht, durch "gewaltlose Staatsstrieche", nämlich durch "friedliche Evolution", die Substanz der sozialistischen Länder auszuhöheln. Diese Versuche ließen sich in drei Phasen unterteilen: In den fünfziger und sechziger Jahren hätten sie sich, vor allem unter Anleitung des ehemaligen US-Außenministers John Foster Dulles noch ziemlich plump benommen und versucht, offene Staatsstrieche anzuzetteln, bewaffnete Interventionen vom Zaun zu brechen und Söldnerarmeen für eine Invasion auszurüsten.

In den siebziger Jahren hätten sich die Methoden dann verfeinert, und zwar in Form wirtschaftlicher und kultureller Einmischung. Diese unter dem Titel "friedliche Evolution" verkaufte Politik sei dann in den achtziger Jahren noch um ein weiteres Mal intensiviert worden.

Die "friedliche Evolution" werde vor allem in dreifacher Weise instrumentalisiert, nämlich durch (1) "Aufpöpelung" von "intellektuellen Eliten", die mit westlichen bourgeoisen demokratischen Ideen infiziert würden; (2) durch wirtschaftliche Hilfe, die als Köder ausgelegt werde, um die unterstützten Länder zur Einführung des parlamentarischen Systems, der unbeschränkten privaten Marktwirtschaft und der weltanschaulichen Liberalisierung zu veranlassen. Westliche Länder unterstützten vor allem solche sozialistischen Staaten, die sich ihren diesbezüglichen Einflüsterungen besonders zugänglich zeigten. Schließlich stimmten sie (3) ihre "friedliche Evolution" bei ihrem Generalangriff auf die sozialistischen Ländern untereinander ab. So "verurteilten" sie beispielsweise China gemeinsam durch das Europäische Parlament, durch die Internationale Parlamentarische Union und durch eine Reihe von UNO-Organen, indem sie die "Niederschlagung des konterrevolutionären Aufruhrs in Beijing" als "Massaker an demokratischen Kräften" bezeichneten. Gleichzeitig mobilisierten sie verschiedene Medien, z.B. die "Stimme Amerikas", ferner nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaftsorgane und andere Vereinigungen zum Zwecke weiterer "Infiltration" (BRu 1989, Nr.43, S.9 f.).

Ausführungen dieser Art sind inzwischen wieder gang und gäbe in der VR China geworden, nachdem die dortige Presse sich in den vergangenen Jahren immer mehr durch Objektivität und Vielseitigkeit ausgezeichnet hatte. Die neue Berichterstattung und Kommentierung, wie sie in einem Beitrag der hier zitierten Art zum Ausdruck kommen, arbeiten dagegen höchst einseitig. Kein Wort davon, daß die Hauptursachen für die Unruhen vom Mai und Juni 1989 hausgemacht waren. Hatten nicht Inflation, Korruption und Einkommensungerechtigkeit jenen ungeheuren Solidarisierungseffekt ausgelöst, der die studentische Bewegung so machtvoll hatte werden lassen!? Statt dessen sucht der Autor des hier zitierten Artikels dem Leser die Vorstellung zu suggerieren, daß es ausschließlich westliche Einflüsse gewesen sind, die zum Eklat geführt haben. Die alte leninistische Imperialismustheorie wurde damit wiederbelebt - und dies, nachdem der chinesische Journalismus die Kinderkrankheit der Einseitigkeit längst losgeworden zu sein schien. An solchen Einzelheiten wird der tiefe Rückfall deutlich, den China seit den

Junitagen 1989 durchmacht und der ihm auf die Dauer wohl kaum bekommen dürfte (BRu 1989, Nr.43, S.9 f.).

Vor allem Li Peng pflegt ausländische Gäste immer wieder vor den Versuchen einer "systematischen Subversion" von seiten westlicher Länder zu warnen. Wörtlich: "Wir sollten uns vor Subversion von außen in acht nehmen, gleichzeitig aber auch unsere Kontakte mit dem Westen fortsetzen" (CD, 9.9.89). Auch die *Volkszeitung* (RMRB, 24.9.89) warnt vor der "Einmischung des Westens in innere Angelegenheiten" und fordert, daß dieses Verhalten abgelöst werden müsse durch Beachtung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. -we-

### \*(3) "Strukturelle Änderungen in Europa"

Mit Sympathie betrachtet die chinesische Führung eine Änderung der jahrzehntelang bestehenden Kräfteverhältnisse in Gesamteuropa. Seit der Nachkriegszeit habe sich hier zunächst wenig bewegt: Sowohl Europa als auch Deutschland seien zweigeteilt gewesen, wobei sich die NATO und der Warschauer Pakt entsprechend dieser Zweiteilung entwickelt hätten, so daß sowohl eine militärische als auch eine politische Blockbildung zustande kam, deren Träger in direkter Konfrontation zueinander standen.

In einem Aufsatz über die Änderung dieser Strukturen schreibt der frühere Kanzler an der chinesischen Botschaft in Paris, Zhang Xichang (Foreign Affairs Journal, September 1989, Nr.13, S.47-56), daß sich neuerdings drei große Änderungen ergäben, nämlich (1) das Gefühl für die europäische Einheit wächst, während gleichzeitig die Blockidee an Boden verliert. Ein Ausdruck dafür sei Gorbatschows Plan der Errichtung eines "gemeinsamen europäischen Hauses". (2) Es beginnt eine neue Periode der Versöhnung zwischen Ost- und Westeuropa. 1988 hätten beispielsweise sogar EG und COMECON offizielle Beziehungen miteinander aufgenommen. Doch gebe es nach wie vor einige Hindernisse; vor allem die "Wiederversöhnung zwischen den beiden deutschen Teilen" sei das Herz der Wiederversöhnung beider Teile Europas (offensichtlich hat der Autor seinen Aufsatz schon vor vielen Monaten beendet, da er seinen diesbezüglichen Betrachtungen sonst vermutlich eine etwas andere Wendung gege-

ben hätte). (3) Der kalte Krieg verschwindet allmählich. Der Aufsatz endet mit folgendem Schlußsatz: "Kurz gesagt, das Konzept einer europäischen Einheit ist im Wachsen begriffen; die ost- und westeuropäischen Länder nähern sich einander an, so daß die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene europäische Struktur langsam im Verschwinden begriffen ist. Europa steht am Vorabend großer Änderungen." -we-

### \*(4) Gemeinsamkeiten mit der Dritten Welt

Beim Empfang von vier neuen Botschaftern aus der Dritten Welt, nämlich aus Tansania, Qatar, Nicaragua und Zambia, betonte Li Peng, daß die "Beziehungen mit anderen Ländern der Dritten Welt" die "Grundlage der chinesischen Außenpolitik" seien. Während "einige westliche Länder" im Anschluß an die Niederschlagung des "konterrevolutionären Aufstands in Beijing" eine "Anti-China-Welle ausgelöst" hätten, hätten fast alle Länder der Dritten Welt für das Verhalten Chinas Verständnis gezeigt, da sie zu Hause mit ähnlichen Problemen konfrontiert seien. Die von einigen westlichen Ländern verhängten "ökonomischen Sanktionen" könnten für China zwar einige Schwierigkeiten mit sich bringen, die sich aber, wenn sich die Regierung nur genügend auf das Volk stütze, wegstecken ließen (XNA nach SWB, 1.9.89). -we-

### \*(5) Vierzig Jahre Volksdiplomatie

Zwischen 1949 und 1954 waren es nur insgesamt 19 Länder, zumeist aus dem Ostblock, die diplomatische Beziehungen mit der jungen VR China aufgenommen hatten. Zu anderen Staaten mußte die Volksrepublik auf inoffiziellen Weg in Beziehung treten. Kontakte dieser Art, die auch zur "Tischtennisdiplomatie" von 1971/72 führten und u.a. den Besuch des früheren US-Präsidenten Nixon in China einfügten, wurden im wesentlichen von zwei Organisationen getragen, nämlich dem "Chinesischen Volksinstitut" und der "Vereinigung des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit dem Ausland", die international unter ihrer englischen Bezeichnung CPIFA (Chinese People's Institute of Foreign Affairs) und CPAFFC (Chinese People's Asso-

ciation for Friendship with Foreign Countries) auftreten. Ihre Präsidenten sind ehemalige Vizeaußenminister, nämlich Han Nianlong und Zhang Wenjin.

Die CPAFFC hat zwischen 1969 und 1988 Delegationen aus 120 Ländern empfangen und umgekehrt Delegationen in rd. 100 Länder entsandt. Sie verhalf ferner 30 chinesischen Provinzen und 93 Städten zu Partnerschaftsbeziehungen mit 38 Ländern. Die erste Partnerschaft wurde 1973 zwischen Tianjin und Kobe/Japan begründet. Bereits Ende 1988 gab es insgesamt 332 Städte- und Provinzpartnerschaften, die u.a. auch für den Handel und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit ersprießlich waren. China habe bis 1987 aus solchen Verbindungen rd. 500 Mio.US\$ eingenommen, und zwar auf der Basis von 87 Warenmessen in 13 Schwesterstädten. Auch sei es gelungen, aus den Partnerstädten und Partnerprovinzen Kapital nach China zu transferieren.

Hauptaufgabe des CPIFA ist das Studium internationaler Probleme; darüber hinaus organisiert das Institut aber auch Kontakte, soweit sie knapp unterhalb der Regierungsebene stattfinden (CD, 18.9.89; XNA, 17.9.89). -we-

### \*(6) Bescheidene Gästepresenz bei den 40-Jahres-Feiern

Am 1.Oktober begrüßte Deng Xiaoping auf der Bühne über dem Tiananmenplatz eine Reihe von ausländischen Gästen, deren Zahl gegenüber früher stark geschrumpft war. Offiziell genannt werden insgesamt 20 Namen aus heterogensten Kreisen. Dazu gehören zwei DDR-Vertreter, nämlich Egon Krenz, der damals allerdings noch nicht SED-Generalsekretär war, sowie Wolfgang Rauchfuß, Mitglied des ZK der SED, darüber hinaus der Sprecher der pakistanischen Nationalversammlung, ferner ein Mitglied des ZK der tschechoslowakischen KP, sodann Hoang Van Hoan, ein "revolutionärer Veteran" aus Vietnam, der früher mit Ho Chi Minh zusammengearbeitet hatte und dann - nach dem Bruch der KPV mit der KPCh - nach China geflohen war, wo er heute als eigentlicher Vertreter der KPV und des vietnamesischen Volkes behandelt wird; ferner Iwan Arkhipov, der frühere Erste Stellvertretende Vorsitzende des Mini-

sterrats der UdSSR, sodann ein Mitglied des Sekretariats des ZK der kubanischen KP, ferner ein stellvertretender Koordinator des Nationalen Sekretariats der Einheitspartei von Burundi, des weiteren der Vizepräsident der Nationalversammlung des Islamischen Föderalen Republik der Komoren sowie außerdem noch der Dritte Vizepräsident der Nationalversammlung der Komoren, sodann ein Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees der Afrikanischen Nationalunion von Kenia, ferner der Vorsitzende der Tschechoslowakisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft, sodann der ecuadorianische Minister für soziale Wohlfahrt, der Vorsitzende der Staatskommission für Wissenschaft und Technik und gleichzeitig Vorsitzender der Koreanisch-Chinesischen Freundschaftsvereinigung von Nordkorea, daneben der Finanzminister von Nordkorea, sodann der Verkehrsminister der Mongolischen Volksrepublik, zwei Vertreter der Japanisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft, der Vorsitzende der britischen Swire-Gruppe in Hongkong, der Präsident der niederländischen Philips und der frühere amerikanische Außenminister, Alexander Haig (XNA nach SWB, 3.10.89). -we-

#### \* (7) Weitere Normalisierungen im sino-sowjetischen Verhältnis

Vom 20. bis 31. Oktober 1989 fand in Beijing die vierte Runde der sowjetisch-chinesischen Grenzverhandlungen statt, die auf stellvertretender Außenministerebene (Rogatschow und Tian Zengpei) geführt wurden. Beide Seiten würdigten die Bedeutung des Gipfeltreffens zwischen Gorbatschow und Deng Xiaoping im Mai 1989 und erörterten, wie es hieß, in sachlicher Atmosphäre den Grenzverlauf in denjenigen Teilen, wo beide Seiten "nicht übereinstimmen".

Wichtige Grundlage für die weiteren Grenzverhandlungen sind gemeinsame Luftbildaufnahmen entlang der Grenze, die in den Jahren 1988/89 angefertigt wurden.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums betonte am 26. Oktober, daß das Verhältnis zwischen beiden Staaten sich auf der Grundlage der Fünf Prinzipien entwickle. Von "proletarischem Internationalismus" war in diesem Zusammenhang keine Rede mehr.

Bereits Anfang Oktober war zwischen den beiden Freundschaftsgesellschaften ein Zweijahresplan für den Zeitraum 1990/91 ausgearbeitet worden - ein Dokument der "Normalisierung", wie beide Seiten betonten.

In der Zwischenzeit werden in der Sowjetunion wieder die ersten chinesischen Arbeiter eingesetzt, von denen wahre Wunderdinge berichtet werden: Etwa 100 chinesische Arbeiter hätten, wie es hieß, in den Monaten zwischen August und Oktober 1989 die gleiche Arbeit bewältigt, für die ihre sowjetischen Kollegen drei Jahre gebraucht hätten. Die Chinesen hatten in 12stündigen Arbeitstagen innerhalb von drei Monaten 1.776 ha Land urbar gemacht.

Am 5. Oktober feierten beide Seiten in Beijing den 40. Jahrestag des Bestehens ihrer beiderseitigen diplomatischen Beziehungen (XNA, 6.10.89). Viel war dabei von Normalisierung die Rede. -we-

#### \* (8) China unterbricht diplomatische Beziehungen zu Liberia und Belize

Am 2. Oktober kündigte die liberianische Regierung an, daß sie "zu Taiwan" diplomatische Beziehungen aufnehme, und unterzeichnete am 9. Oktober ein entsprechendes gemeinsames Kommuniqué.

Beijing reagierte daraufhin am 10. Oktober durch "Unterbrechung" der diplomatischen Beziehungen mit Liberia. Der liberianische Schritt ziele darauf ab, "Zwei Chinas" oder "Ein China und ein Taiwan" zu schaffen - beides sei für die VRCh inakzeptabel und widerspreche den Prinzipien des gemeinsamen Kommuniqués vom 17. Februar 1977 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Liberia. Eine "doppelte Anerkennung" komme für Beijing nie und nimmer in Betracht und widerspreche auch dem Zuge der Zeit, der auf Eingliederung der Provinz Taiwan in die VR China hinauslaufe.

Leider sei Liberia - genauso wie vorher schon Grenada (dazu C.a., Juli 1989, Ü 3) - auf die neue "geschmeidige Politik" Taiwans hereingefallen und habe sich von dessen wirtschaftlichen Angeboten verlocken lassen. China habe nichts gegen Wirtschaftsbeziehungen Liberias mit Taiwan auf nichtstaatli-

cher Ebene, könne die liberianische Politik der "doppelten Anerkennung" aber auf keinen Fall hinnehmen (XNA, 11.10.89)

Die liberianische Regierung reagierte auf die Sanktionen Beijings hin mit Gelassenheit. Man habe, wie der liberianische Vizepräsident Moniba am 10. Oktober in Taibei erklärte, diesen Schritt erwartet und sei wohl darauf vorbereitet. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taiwan bedeuteten für das liberianische Volk einen "großen Vorteil" (SWB, 12.10.89).

Am 23. Oktober "unterbrach" China dann auch noch seine diplomatischen Beziehungen mit Belize, das am 11. Oktober 1989 ebenfalls offizielle Beziehungen mit Taiwan aufgenommen hatte. Die Argumente waren dieselben wie im Falle Liberias (Radio Beijing nach SWB, 25.10.89).

Die Afrikarundreise Qian Qichens vom Juli/August 1989 (dazu C.a., Juli, Ü 1) hat, wie nun nachträglich deutlich wird, nun doch nicht überall die gewünschten Erfolge gezeitigt (XNA, 25.10.89).

Das wirtschaftlich leistungsfähige Taiwan, das mit zu den "vier kleinen Tigern" in Asien gehört, hat sich inzwischen auf seine eigene Stärke besonnen und zieht Entwicklungsländer Afrikas und Lateinamerikas mit wirtschaftlichen Versprechungen an sich, während Beijing seinen Partnern mehr oder weniger nur schöne Worte bieten kann. Die VRCh muß befürchten, daß die Erfolgspolitik Taiwans nicht bei Grenada, Liberia und Belize stehenbleibt, sondern weitere Einbrüche in die Phalanx der volksrepublikanischen Partner erzielt. Nicht zuletzt hat auch das Massaker von Beijing und der damit verbundene Imago-Schwund der VR China dazu beigetragen, die Strategie Taiwans erfolgreich werden zu lassen. -we-

#### \* (9) China hadert mit Frankreich und der UNO-Menschenrechtskommission

Am 29. September 1989 beschwerte sich der chinesische Außenminister Qian Qichen am Rande der UNO-Vollversammlung gegenüber seinem französischen Amtskollegen Roland Dumas über das französische Verhalten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Bürgerrechtlern, die im

Anschluß an die Vorfälle vom Juni 1989 in der VR China steckbrieflich gesucht werden. Frankreich sei eine größere westliche Macht, die zu den ersten gehört habe, die mit China volle diplomatische Beziehungen aufnahmen. Die sino-französischen Freundschaftsbeziehungen hätten inzwischen den Test von 25 Jahren bestanden. Leider sei es inzwischen zu einer Verhaltensweise der französischen Regierung gekommen, die für China schwer verständlich sei (XNA, 1.10.89).

Bereits am 21.9. hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, daß China es nicht zulassen werde, daß Staaten und Regierungen, die mit der VRCh diplomatische Beziehungen unterhalten, chinesischen Kriminellen, die in ihre Länder geflüchtet sind, gestatten, verbrecherische Aktivitäten zum Sturz der Regierung in China zu unternehmen. Yan Jiaqi und seinesgleichen seien von chinesischen Sicherheitsorganen steckbrieflich verfolgte Verbrecher, nachdem sie vor einigen Monaten in Beijing den konterrevolutionären Putsch angezettelt und organisiert hätten. Die von ihnen ausgebrütete "Front des demokratischen China" ziele darauf ab, die chinesische Regierung zu stürzen.

Schon wenige Tage später rief die französische Regierung die im Exil lebenden chinesischen Dissidenten auf, sich in ihrer Kampagne gegen die Führung in Beijing zu mäßigen. Frankreich könne nicht zulassen, daß sein Territorium für politische Aktivitäten gegen eine Regierung genutzt werde, mit der es diplomatische Beziehungen unterhalte, sagte Außenminister Dumas vor der Nationalversammlung.

Diese Erklärung wurde vom Sprecher des chinesischen Staatsrats, Yuan Mu, am 25.10. begrüßt. China hoffe, daß Frankreich sein Wort halten und es Flüchtlingen nicht erlauben werde, sich auf seinem Territorium politischen Aktivitäten gegen Regierungen, die diplomatische Beziehungen zu Frankreich unterhalten, zu widmen. Die chinesische Regierung werde das Kriegerrecht in nicht allzu langer Zeit aufheben. Niemals werde sich das chinesische Volk dem Druck seitens einiger anderer Länder beugen, die sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischen und Sanktionen gegen China verhängen.

Präsident Mitterrand hatte die Niederschlagung der Demokratiebewegung scharf verurteilt. Ferner hatte die französische Regierung einigen führenden chinesischen Dissidenten, unter ihnen dem ehemaligen Berater Zhao Ziyangs, Yan Jiaqi, und Wu Er Kaixi Asyl gewährt. Allerdings wehrte sich Paris gegen den Vorwurf, es "unterstütze" die chinesischen Dissidenten (Le Monde, 28.9.89).

Am 31. August wandte sich die chinesische Delegation gegen eine Resolution der UNO-Menschenrechtskommission in Genf, die das Massaker in Beijing verurteilt hatte. Diese Resolution sei "hauptsächlich von einer Reihe von westlichen Experten" initiiert worden und widerspreche den Prinzipien der UNO-Charta sowie den Prinzipien der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, sei also "null und nichtig und binde China in keiner Weise" (SWB, 2.9.89). -we-

\* (10)

#### Besorgnis über die Vorgänge in Ungarn

Am 10. Oktober 1989 berichtete Xinhua über die neuformierte ungarische Sozialistische Partei, die an die Stelle der Sozialistischen Arbeiterpartei, also der alten ungarischen KP, trat. Sie hatte am 9. Oktober 1989 das alte Parteistatut aufgehoben und dafür ein neues erlassen, aus dem all die früheren kommunistischen Zielsetzungen verschwunden waren. Sauerlich berichtet Xinhua über diese Änderung: "Nach dem neuen Parteiprogramm, das bei dem gleichen Treffen verabschiedet wurde, wird der neue 'demokratische Sozialismus' charakterisiert durch ein Mehrparteiensystem, durch Parlamentarismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Rechtsprechung, Rechtsstaatlichkeit, lokale Autonomie, direkte Demokratie, Offenheit und Vertretung der Interessen der verschiedenen Gesellschaftsschichten. Soweit die Wirtschaft angesprochen ist, will die Partei in Zukunft danach streben, eine 'Marktwirtschaft auf gemischter Eigentümerschaft' aufzubauen." Die alten Statuten, die der KP noch eine Führungsrolle ("Führung durch die Arbeiterklasse") zugeschrieben hätten, seien abgeschafft worden. Die neuen Parteistatuten ließen den "demokratischen Zentralismus" unerwähnt und sprächen dafür von Freiheit, Demokratie, Einheit, Toleranz und Offenheit bei der Beschlußfassung (XNA in SWB,

14.10.89). Wenige Tage später stellte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums mit kritischem Unterton fest, die jüngste Entwicklung der Lage in Ungarn sei eine Sache Ungarns. China werde auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen auch zu Ungarn entwickeln. In den Parteibeziehungen werde die KP Chinas nach wie vor gemäß seinen Vier Prinzipien der Unabhängigkeit und Selbständigkeit, der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten verfahren -we-

\* (11)

#### Strengere Vorschriften für Auslandsreisen

Am 17. August erließ das Allgemeine Amt des ZK und das Allgemeine Amt des Staatsrats "Bestimmungen" (guiding) über eine restriktivere Handhabung von Auslandsreisen sowie von Besuchen in Hongkong und Macau. Die Bestimmungen gelten sowohl für hohe Partei- als auch Regierungskader auf und über der Ministerial- und auf Provinzführungsebene.

Der Inhalt in Stichworten: (1) Besuche sind nur in solchen Angelegenheiten zulässig, die zum Zuständigkeitsbereich des betreffenden Spitzenkaders gehören. Funktionäre dieser Kategorie dürfen sich keine Reisen von ausländischen Firmen finanzieren lassen. Sie dürfen auch keine Einladungen von Firmen mit chinesischer Beteiligung außerhalb der chinesischen Grenzen annehmen. Auch ist es ihnen streng verboten, solche Finanzierungsmodalitäten oder Einladungen "anzuregen". Spitzenkader, die pensioniert worden oder von ihren Posten zurückgetreten sind, dürfen zur Ausübung offizieller Pflichten nicht länger ins Ausland reisen. (2) Auslandsreisen müssen beantragt und nach einem strikt formellen Verfahren genehmigt werden. (3) Visiten von Partei- und Staatsführern sind vom Ständigen Komitee des Politbüros zu überprüfen und zu genehmigen. (4) Grundsätzlich darf ein führender Kader nur einmal pro Jahr eine Auslandsreise antreten. Dabei soll er den Besuch nicht länger als drei bis fünf Tage ausdehnen. Abweichungen sind zu begründen. (5) Streng zu begrenzen ist auch die Zahl der Begleiter. Partei- und Staatsführer dürfen allerhöchstens 20 Personen mit sich nehmen und haben darauf zu achten, daß auch die

Zahl der begleitenden Journalisten auf ein Minimum begrenzt bleibt. Die Begleiter anderer zentraler Führer sollen die Zahl von 10 Personen nicht überschreiten. Kader auf Ministerial- oder Provinzebene sollen von nicht mehr als 5 Personen begleitet werden. Jede Delegation, die diese Mindestzahl überschreitet, bedarf dafür im voraus einer Sondergenehmigung. (6) Führende Kader dürfen ihre Ehefrauen nur mitnehmen, wenn es für ihre Arbeit wirklich unentbehrlich ist. Auf keinen Fall aber dürfen ihre Kinder - aus welchem Grund auch immer - mitkommen. (7) Führende Kader haben sich bei Geschenken an die Regierungsvorschriften zu halten. Geschenke von Ausländern sind an die zuständigen Abteilungen in Einklang mit den hierfür bereits bestehenden Regelungen zu überantworten und dürfen auf keinen Fall von den Kadern selbst einbehalten werden. (8) Chinesische Botschaften, Konsulate und andere chinesische Institutionen und Gesellschaften im Ausland dürfen auf keinen Fall Bankette - auch nicht Bankette in verkleideter Form - geben oder aber Geschenke und Souvenirs vergeben.

Verletzungen dieser Vorschriften sollen strenge Maßnahmen nach sich ziehen. Ernsthafte Verstöße sollen von der Partei mit Disziplinarstrafen belegt werden. Die Kontroll- und Finanzabteilungen haben strenge Aufsicht zu führen.

Die Bestimmungen sind auch für Kader der nationalen Massenorganisationen und sonstigen Institutionen entsprechender Ebene anzuwenden (XNA nach SWN, 10.10.89).

Die neue Regelung gilt auch für Dienstreisen nach Hongkong und Macau (RMRB, 8.10.89).

Die Bestimmungen gehören zu einer Reihe neuer Richtlinien, die das Ziel haben, der Korruption entgegenzuwirken und eine "saubere Regierung" aufzubauen. In der Zwischenzeit ist es chinesischen Politikern auch bereits verboten worden, importierte westliche Luxuslimousinen als Dienstwagen zu gebrauchen und große Festbankette zu geben.

Der Rückschluß aus den obengenannten acht Bestimmungen läßt übrigens interessante Einblicke in das frühere Dienstreiseverhalten der chinesischen Spitzenkader zu! -we-

#### \* (12) Ermahnung des diplomatischen Personals

Im Anschluß an das Massaker von Beijing haben rd. zwanzig chinesische Diplomaten Asylanträge im Ausland gestellt und das Verhalten ihrer Regierung mißbilligt. Das Beijinger Außenministerium erklärte am 5.9., daß die Zahl der "abtrünnigen" Diplomaten gering sei; sie würden vom chinesischen Volk verachtet. Die meisten diplomatischen Vertreter der VR China hätten sich, wie Li Peng betont, während der "politischen Störungen" im Juni vorbildlich verhalten und einen "schweren Test" bestanden.

Die Gefahr sei freilich noch nicht vorüber. China müsse sich auf einen "langen Kampf" mit den westlichen Ländern einstellen. Dabei gehe es um die Abwehr von Versuchen, die VR China zu "unterwandern und ihre Regierung zu stürzen". Deshalb sei es von großer Bedeutung, daß die Politik der chinesischen Regierung auch in den Botschaften des Auslands konsequent vertreten, daß die ideologische Erziehung der chinesischen Botschaftsmitglieder verstärkt und alle gestellten Aufgaben besser verwirklicht würden. Die Diplomaten seien zur Einhaltung der Regierungslinie strikt verpflichtet. -we-

#### \* (13) Dreißig Jahre Staats-Gästehaus Diaoyutai

Anläßlich des 10. Gründungstags der VR China hatte die Regierung i.J. 1959 beschlossen, das Gelände der ehemaligen kaiserlichen "Fischerterrassen" mit einer Fläche von 420.000 qm, von denen mehr als 70.000 qm mit Wasser bedeckt und die im übrigen mit Gärten und Häusern überzogen sind, zu einem Gelände für den Empfang von Staatsgästen umzuwidmen. Innerhalb von zehn Monaten wurden neben die ehemalige kaiserliche Palastanlage 15 Villen in verschiedenen Stilen errichtet.

Zunächst wurden auf dem Gelände nur Gäste aus der sozialistischen oder aus der Dritten Welt untergebracht. US-Präsident Nixon, der i.J. 1972 nach China kam, war der erste Gast aus einem westlichen Land, der Quartier auf dem Gelände bezog, und zwar in der "Villa Nr.18", die "Villa der Staatsoberhäupter" heißt.

Während der Kulturrevolution (1966-1976) war das Gelände zweckentfremdet worden. U.a. habe, wie es heißt, die "Viererbände" dafür gesorgt, daß das Gebiet mit Getreide und Sonnenblumen bestellt wurde, und daß die meisten der Gästehäuser geschlossen wurden.

Mit der "Öffnung" Chinas i.J. 1978 wurde das Gelände seiner früheren Bestimmung zurückgegeben. Von 1980 bis September 1988 empfing das "Gästehaus" im Durchschnitt vierzig ausländische Delegationen pro Monat.

Allein i.J. 1980 wurden mehr als 700 Delegationen empfangen - ziemlich genauso viel wie in den gesamten zwanzig Jahren zwischen 1959 und 1979.

Im Mai 1979 gab es zum ersten Mal einen Bruch mit der Tradition, insofern nämlich ausländische Delegationen ohne Regierungscharakter empfangen wurden - und zwar selbstzahlende Bankkaufleute. Da die Einnahmen bei dieser Gelegenheit ziemlich hoch gewesen sein müssen, empfahl Deng Xiaoping dieses Beispiel als Modell nicht nur für das Staatsgästehaus in Beijing, sondern auch für ähnliche Einrichtungen in anderen Provinzen zu nehmen.

Der Service im Gästehaus gilt als vorbildlich - nicht nur was die Herstellung des äußeren Rahmens für Pressekonferenzen und sonstige Treffen, sondern auch was die Bereitstellung von Gastmählern oder aber von Speisen anbelangt, die praktisch aus aller Welt kommen. Die meisten Staatsgäste bevorzugten allerdings, wie es heißt, die chinesische Küche.

Sogar ein eigener Club für Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft aus den verschiedensten Ländern wurde im Gästehaus eingerichtet, dem eine Reihe von Ehrenmitgliedern angehören, wie z.B. der frühere Präsident Carter, der frühere US-Außenminister Kissinger, der ehemalige britische Ministerpräsident Edward Heath oder aber der verstorbene Franz Joseph Strauß (XNA, 9.9.89). -we-

#### \* (14) Roter Teppich für West-Samoa

Vier Tage lang, vom 25. bis 28. Oktober, stand der Ministerpräsident West-Samoas im Mittelpunkt chinesischer Aufmerksamkeit: ZK-Generalsekretär

Jiang Zemin, Staatspräsident Yang Shangkun, Ministerpräsident Li Peng und viele andere Spitzenmitglieder der Regierung erwiesen ihm hohe und höchste Ehren, schwärmten vom "Nachbar" in der südpazifischen Region und von der erfreulichen Aussicht auf die Errichtung einer "nuklearfreien Zone im Südpazifik" und drückten ihre Entschlossenheit aus, West-Samoa bei seinem "gerechten Kampf gegen fremde Einmischung zu unterstützen" (XNA, 26., 27. und 28.10.89).

Dieses etwas verkrampft wirkende Zeremoniell machte erneut deutlich, wie sehr die chinesische Führung, die seit dem 4.Juni von staatlichen westlichen Repräsentanten geschnitten wird, sich isoliert fühlt und sich um so stärker auf Politiker aus kleinen Entwicklungsländern stützt. Hinzukommen mag hier freilich noch eine Verunsicherung, wie sie von Taiwans Umwerbungspolitik neuerdings ausgeht. Ein Staat wie West-Samoa beispielsweise ist einer jener Adressaten, für die taiwanesischen Wirtschaftsangebote höchst attraktiv und wirksam sind.

Yang Shangkun besprach mit dem Gast das Thema der Wiedervereinigung Chinas (XNA, 30.10.89), während Jiang Zemin dem Besucher klarmachte, daß "nur der Sozialismus China retten kann" (XNA, 30.10.89). Ob diese Argumentation den pazifischen Gast besonders beeindruckt hat, mag zweifelhaft sein. -we-

\*(15)

#### Lufthansaprojekt

Am 22.10.1989 wurde der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, Heinz Ruhnau, vom chinesischen Parteichef Jiang Zemin in persona zu einem Gespräch über die beiden Gemeinschaftsprojekte der Lufthansa in Beijing empfangen. An der Begegnung nahm auch der Bonner Botschafter, Hannspeter Hellbeck, teil.

Die Lufthansa betreibt gemeinsam mit Air China ein Wartungszentrum auf dem Flughafen der chinesischen Hauptstadt und errichtet außerdem ein Hotel und Kongreßzentrum, das 1992 unter dem Namen "Beijing Lufthansa Center" seine Tore öffnen will. -we-

## Innenpolitik

\*(16)

#### Neue Parteisäuberungen

Seit 1978 sind in China im Rahmen der sogenannten Einheitsfrontpolitik mehr als sieben Millionen Menschen politisch rehabilitiert worden, darunter rund sechs Millionen Personen, die während der sogenannten Kulturrevolution verfolgt worden waren. (Siehe dazu Ü 23, C.a., Sept.1989) In der Zwischenzeit ist ein umgekehrter Trend zu befürchten. Prononcierte Reformanhänger der Partei sollen, wenn immer nötig, ausgeschlossen werden. Zu diesem Ergebnis kam eine "nationale Konferenz der Direktoren der Organisationsabteilungen aller Parteikomitees der Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städte des Landes" Mitte August. Nach Ansicht der Konferenzteilnehmer liege die vorrangige Aufgabe aller Parteikomitees in Zukunft darin, "die Partei ideologisch, organisatorisch und in ihrem Stil gemäß den Richtlinien der IV.Plenartagung des 13.Zentralkomitees aufzubauen". Insbesondere gehe es um den absoluten Vorrang der "Vier Grundprinzipien", ohne deren Beachtung der "Sozialismus mit chinesischen Merkmalen" nicht realisiert werden könne. Vor allem soll untersucht werden, wer in der Vergangenheit "bürgerliche Liberalisierung praktiziert oder toleriert" habe. Eine "ziemlich große Anzahl von kommunistischen Parteimitgliedern hat vergessen, was es bedeutet, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein ... Parteiorganisationen und führende Kader einiger Abteilungen haben nicht aufgehört, Leute zu schützen ... Wir müssen entschlossen diejenigen aus führenden Positionen entfernen, die bürgerliche Liberalisierung praktizieren oder tolerieren". Nachhaltig sprach sich Song Ping, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Direktor der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas für eine konsequente Säuberung der Parteiränge aus. Seiner Ansicht nach habe es "unter den Unruhestiftern, Verschwörern, Organisatoren und Anführern des Aufbruchs eine ganze Reihe kommunistischer Parteimitglieder"

gegeben. Einige der Beschuldigten "sind Mitglieder der Partei seit einigen Jahrzehnten gewesen. Einige arbeiteten in zentralen Partei- und Staatsabteilungen, und wiederum andere waren berühmte Persönlichkeiten, die einen beachtlichen Einfluß ausübten". Song Ping bezog sich mit diesen Aussagen vor allem auf das sogenannte "Forschungszentrum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zur Reform der politischen Struktur" und auf das "Forschungsinstitut zur Strukturreform der Wirtschaft" sowie auf das "Entwicklungs- und Forschungsinstitut des Forschungszentrums zur ländlichen Entwicklung des Staatsrates", das "Studieninstitut der China International Trust and Investment Corp." sowie die "Beijing Gesellschaft junger Wirtschaftswissenschaftler" und eine "Reihe Institute der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften". In all diesen Institutionen habe es zahlreiche führende Kader gegeben, die "Schriftstücke, Flugblätter und Briefe verfaßten und verteilten, die gegen die Partei gerichtet waren, und die offen gegen die zentralen Instanzen Stellung bezogen. Einige führende Parteimitglieder führten oder unterstützten ungesetzliche Demonstrationen und andere Aktivitäten, mit denen sie sich gegen den Leitartikel vom 26.April und das Kriegsrecht wandten. Andere Parteimitglieder brachten Gerüchte auf und verbreiteten sie während des Aufbruchs und der konterrevolutionären Rebellion. Wiederum andere wurden während der kritischen Phase in ihren politischen Überzeugungen wankend und wollten aus der Partei austreten ... und wiederum andere griffen das Zentralkomitee der Partei bösartig an." Die Situation sei insofern weiterhin kritisch, weil selbst nach der IV.Plenartagung des 13.Zentralkomitees zahlreiche "Parteiorganisationen und führende Kader einiger Abteilungen nicht aufgehört haben, Leute zu verstecken, die ernsthaft in die Rebellion verwickelt waren, oder sie haben eine lasche Haltung eingenommen, indem sie große Probleme zu kleinen Problemen erklärten und kleine Probleme zu gar keinen Problemen."

Aus den weiteren Aussagen Song Pings geht hervor, daß in Zukunft wieder die "feine Tradition der Partei" vorherrschen werde. Diese Tradition habe sich in der Vergangenheit durch "den